

Antwort

der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Manfred Such und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 13/534 –

Ausbildungs- und Ausstattungshilfe für Drittstaaten

Ergänzend zu entsprechenden Anfragen der Vergangenheit werden nachfolgend vollständige Übersichten über die vorstehend genannte Hilfstätigkeit der Bundesrepublik Deutschland – insbesondere für ausländische Sicherheitsbehörden – seit Beginn dieser Unterstützung erbeten.

1. Welchen Staaten wurden seit Beginn derartiger Leistungen jeweils welche Ausbildungs- und Ausstattungshilfen gewährt
 - a) im Rahmen der bi- bzw. gegebenenfalls multilateralen Polizeihilfe des Bundesgrenzschutzes,
 - b) im Rahmen der bi- bzw. gegebenenfalls multilateralen Polizeihilfe des Bundeskriminalamtes,

Im Rahmen der ländergebundenen Ausstattungshilfe (Kap. 05 02 Titel 686 23) haben seit 1985 folgende Länder Ausbildungs- und Ausbildungshilfe erhalten:

| Land | DM |
|------------|--------------------------------------|
| Ägypten | 768 960 |
| Algerien | 5 649 444 (AH seit 1992 suspendiert) |
| Benin | 1 776 834 |
| Bolivien | 2 000 523 |
| Brasilien | 2 464 556 |
| Bulgarien | 1 535 657 |
| Costa Rica | 11 316 989 |
| Ecuador | 1 061 487 |
| Estland | 1 662 789 |
| Jamaika | 588 194 |
| Jemen | 1 377 488 |

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 30. März 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

| Land | DM |
|------------|---------------------------------------|
| Indonesien | 2 513 828 |
| Jordanien | 16 043 168 |
| Kenia | 1 125 752 (AH wurde 1991 eingestellt) |
| Kolumbien | 2 605 234 |
| Lesotho | 100 173 |
| Lettland | 2 212 435 |
| Litauen | 2 830 709 |
| Peru | 1 102 662 |
| Polen | 4 759 033 |
| Sambia | 5 400 065 |
| Simbabwe | 1 708 234 |
| Slowakei | 2 393 131 |
| Somalia | 665 449 |
| Tansania | 8 342 323 |
| Tschechien | 2 950 109 |
| Tunesien | 10 007 239 |
| Türkei | 14 242 633 |
| Ungarn | 7 082 596 |
| Uruguay | 1 204 899 |
| Zaire | 2 358 670 (AH 1991 eingestellt) |

Die Ausstattungshilfe diente dabei der Verbesserung der polizeilichen Arbeit in den Empfängerländern, vor allem in den Bereichen

- Informationstechnik durch Lieferung von DV-Ausstattungen,
- Mobilität durch Lieferung von Kraftfahrzeugen und Kfz-Werkstatteinrichtungen,
- Kommunikation durch Lieferung von Telefon- und Funkgeräten und Einrichtung von Leitzentralen,
- Kriminaltechnik durch Lieferung von Laborgeräten, optischen Geräten, Tatortkoffern,
- Ausbildung durch Lieferung von Ausbildungsgeräten und Einrichtung von Polizeischulen,
- Verkehrstechnik durch Lieferung von verkehrspolizeilichem Gerät.

Von Materiallieferungen waren ausgenommen Waffen und Munition sowie Geräte zu deren Herstellung sowie Geräte, die zur Ausübung unmittelbaren Zwanges geeignet oder bestimmt sind, wie z. B. Handfesseln, Schlagstöcke, Wasserwerfer, Reizstoffsprühgeräte.

Die Ausbildungshilfe konzentrierte sich im wesentlichen auf die Bereiche

- Kriminalpolizei in Form von Tatort- und Spurensicherungslehrgängen,
- Rauschgiftbekämpfung in Form von speziellen Rauschgiftlehrgängen,
- allg. Polizeiarbeit in Form von Seminaren und Hospitationen.

Die Ausbildungsmaßnahme wurde vom Bundesgrenzschutz, vom Bundeskriminalamt sowie von Landespolizeibehörden durchgeführt.

Eine detaillierte Aufzählung der einzelnen Maßnahmen und der Behörden oder Stellen, die Maßnahmen durchgeführt haben, sowie eine Auflistung von Maßnahmen vor 1985 wäre nur mit einem unververtretbaren Verwaltungsaufwand möglich.

c) durch den Bundesnachrichtendienst,

Über nachrichtendienstliche Ausbildungs- und Ausstattungshilfen an Partnerdienste anderer Länder gibt die Bundesregierung grundsätzlich keine öffentlichen Erklärungen ab. Sie berichtet darüber ausschließlich den für die Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages.

d) durch welche sonstigen Behörden außerhalb der Hilfen aus Einzelplan 05 02 Titel 686 23, z. B. aus Einzelplan 23,

Das Bundeskriminalamt unterstützt aus Kap. 06 10 Titel 686 02 ausländische Rauschgiftbekämpfungsbehörden – (RG) – [ab 1985 auch Behörden zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität – (OK) –] in den Bereichen Ausstattungs-, Ausbildungs- und Beratungshilfe.

Ziel dieser Unterstützungsmaßnahmen ist die Verbesserung der Mobilität, des Kommunikationswesens sowie der generellen Einsatz- und Auswertemöglichkeiten der dortigen RG/OK-Bekämpfungsbehörden.

Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Rauschgiftanbau bzw. -handel bereits in den Herkunfts- und Transitländern zu bekämpfen bzw. die international agierende Organisierte Kriminalität einzudämmen. Zudem wird eine Verstärkung der operativen Zusammenarbeit mit den deutschen RG/OK-Bekämpfungsbehörden angestrebt.

Die Hilfsmaßnahmen können wie folgt beschrieben werden:

Ausstattungshilfe:

- Lieferung von Fahrzeugen zur Verbesserung der Mobilität,
- Kommunikationsmittel zur Verbesserung der Verbindungen im In- und Ausland,
- optische Geräte zur Beweiserhebung/Dokumentation,
- sonstiges Spezialgerät (z. B. Ausstattung für Rauschgiftanalyse-labors);

Ausbildungshilfe:

- 10monatige (bis 1991 13monatige) Stipendiatenausbildung, bestehend aus einer mehrmonatigen Sprachausbildung sowie einer Fachausbildung im Bundeskriminalamt und bei den Polizeidienststellen der Länder,

- mehrwöchige Nachbetreuungsmaßnahmen für ehemalige Stipendiaten des Bundeskriminalamtes,
- mehrtägige/mehrwöchige Lehrgänge/Seminare im Bundeskriminalamt und vor Ort sowie die Ausbildung von Rauschgiftspürhunden und -hundeführern;

Beratungshilfe:

Durchführung von Informationsbesuchen im Bundeskriminalamt und vor Ort. Ziel dieser Besuche ist es insbesondere, Informationen über taktische und strategische Bekämpfungsmaßnahmen zu vermitteln. Darüber hinaus können im Rahmen dieser Besuche spezielle Themen wie z. B. „Optimierung der Ausbildung von RG/OK-Sachbearbeitern“ abgehandelt werden.

Folgende Länder haben seit 1985 Hilfen aus diesen Mitteln erhalten:

| Land | DM |
|--------------------------------|-----------|
| Ägypten | 400 016 |
| Argentinien | 1 432 042 |
| Benin | 514 173 |
| Birma/Burma | 625 013 |
| Brasilien | 1 212 518 |
| Bolivien | 884 722 |
| Bulgarien | 63 078 |
| China | 83 161 |
| Costa Rica | 740 831 |
| Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) | 365 293 |
| Ehem. CSFR | 220 250 |
| Ecuador | 456 729 |
| Gambia | 100 107 |
| Griechenland | 607 775 |
| Indien | 170 049 |
| Israel | 505 060 |
| Jordanien | 1 802 188 |
| Ehem. Jugoslawien | 675 142 |
| Kap Verde | 59 246 |
| Kenia | 230 350 |
| Kolumbien | 723 749 |
| Libanon | 693 041 |
| Malaysia | 1 081 088 |
| Malta | 346 201 |
| Marokko | 429 991 |
| Nepal | 358 701 |
| Nigeria | 269 430 |
| Paraguay | 676 160 |
| Pakistan | 1 250 420 |
| Panama | 390 469 |
| Peru | 489 705 |
| Philippinen | 60 709 |
| Polen | 34 975 |

| Land | DM |
|-----------------------|-----------|
| Portugal | 1 911 205 |
| Rumänien | 199 461 |
| Rußland | 28 605 |
| Sambia | 11 177 |
| Senegal | 990 984 |
| Spanien | 684 599 |
| Slowakische Republik | 115 580 |
| Sri Lanka | 468 019 |
| Syrien | 1 389 438 |
| Thailand | 1 939 776 |
| Tschech. Republik | 135 940 |
| Türkei | 1 094 994 |
| Ungarn | 582 303 |
| Uruguay | 102 227 |
| Venezuela | 1 085 404 |
| Usbekistan | 71 116 |
| Verein. Arab. Emirate | 62 259 |
| Zaire | 66 468 |
| Zypern | 1 696 881 |

Zur Unterstützung aus Mitteln des Einzelplans 23 ist folgendes auszuführen:

Mit Beschluß vom 6. November 1986 hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages festgelegt, daß Polizeihilfe – mit Ausnahme der Hilfe zur Drogenbekämpfung – künftig nicht mehr aus dem Einzelplan 23 geleistet werden darf. Gemäß diesem Beschluß hat das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der Folgezeit keine entsprechenden neuen Maßnahmen gefördert.

Zur Drogenbekämpfung werden aus dem Einzelplan 23 derzeit zwei Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von rd. 12,6 Mio. DM durchgeführt (Kolumbien, Thailand). Ferner wurden zur Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern dem Bundesministerium des Innern seit 1987 zur Drogenbekämpfung rd. 3,9 Mio. DM zur selbständigen Bewirtschaftung zugewiesen.

- e) nach Kenntnis der Bundesregierung durch welche Länderbehörden?

Hierüber hat die Bundesregierung keine Erkenntnisse.

2. Welche Waren in jeweils welchem Wert wurden dabei zu welchen Zwecken wann an die einzelnen Empfängerländer geliefert?

Siehe Antwort zu den Fragen 1a) und 1b), die Lieferungen wurden jeweils nach Ausschreibungsverfahren durchgeführt.

3. Wie viele Personen aus welchen Ländern wurden jeweils wann und wo zu welchen Zwecken durch welche deutschen Stellen aus- bzw. fortgebildet?

Siehe Antwort zu den Fragen 1a) und 1b).

4. Im Falle welcher Hilfen wurden bei Lieferungen oder Ausbildung zu welchen Zwecken welche private Stellen eingeschaltet?

In der Regel werden bei Lieferungen private Firmen im Ausschreibungsverfahren beauftragt, Ausbildungsmaßnahmen erfolgen durch staatliche Stellen.

5. Welchen Staaten wurden in den Jahren 1992 bis 1994 zu jeweils welchen Zwecken jeweils welche Lieferungen und Leistungen (bitte genaue und vollständige Aufzählung) aus dem sogenannten „Sonderfonds für kleinere Projekte“ im Rahmen der Ausstattungshilfe aus Einzelplan 05 02 Titel 686 23 gewährt?

| Jahr | Land | Verwendung | Betrag in DM |
|------|--------------------|---|------------------------------------|
| 1992 | Angola | Transport von Bundeswehrdecken für Wahlhelfer | 95 400,00 |
| 1992 | Brasilien | Zuschuß Informationsaufenthalt bras. Streitkräftepersonals | 2 000,00 |
| 1992 | Elfenbeinküste | Reparatur Ambulanzfahrzeuge | 20 500,00 |
| 1992 | Jemen | Polizeiausbildung | 45 000,00 |
| 1992 | Kambodscha | Schreibmaschinen mit Khmertastatur | 2 416,50 |
| 1992 | Kamerun | Abschluß Ausstattungshilfe zur Vermeidung von Entwicklungshilferuinen | 200 000,00 |
| 1992 | Kenia | Abschluß Ausstattungshilfe zur Vermeidung von Entwicklungshilferuinen | 240 000,00 |
| 1992 | Lettland/Litauen | 2 Transportflugzeuge Typ L 410-T aus NVA-Beständen (Reparatur) | 1 400 000,00 |
| 1992 | Libanon | Ausbildung für Polizeioffiziere | 9 000,00 |
| 1992 | Malawi | Kfz-Ersatzteile für Streitkräfte | 250 000,00 |
| 1992 | Mali | 3 Monate Polizeiexperte, Training für Großveranstaltungen/ -demonstrationen, Funkausstattung Polizei und Experte | 3 926,00 290 000,00 |
| 1992 | Jemen und Mosambik | über BMI-Polizeistipendien – Fortführung DDR-Maßnahmen | 230 000,00 |
| 1992 | Nepal | Heizöfen Parlament (für Wintersitzungen) | 76 015,00 |
| 1992 | Nicaragua | Beitrag für OAS-Minenräumprogramm | 99 696,00 |
| 1992 | Ruanda | Funkgeräte, Kfz-Reparatur, Verpflegung milit. Beobachtergruppe der UNO | 451 868,00 |
| | | Auslösekosten für Material für 16 VW Itis (1993) | 4 612,00 |
| 1992 | Somalia | Polizeiuniformen für die neuaufgestellte somalische Polizei im Rahmen von UNOSOM | 14 456,00 |
| 1992 | Zypern | Boote Rauschgiftbekämpfung | 3 304,00 |
| 1993 | Ägypten | Polizeiausbildung Dokumentenprüfgeräte | 33 000,00 20 000,00 |
| 1993 | Albanien | Inforeise Zolldirektion 42 Motorräder, Fernmeldetechnik, Röntgengeräte, PC, Ausbildung Röntgengerät Zollbehörde | 5 000,00 500 000,00 3 750,00 |
| 1993 | Bolivien | Material für Marineschule | 15 000,00 |
| 1993 | Burundi | Ausstattung Krankenhaus in Kamenge | 650 000,00 |
| 1993 | Djibouti | Hallendach Kfz-Werkstatt (über BMVg) | 290 000,00 |
| 1993 | Elfenbeinküste | Ausbildungsmaterial (PC, Video-Anlage, Overhead-Projektoren, Werkzeugsätze), Sanitätsmaterial (medizinisches Gerät, Medikamente) Reparatur Ambulanzfahrzeuge | 500 000,00 60 000,00 |

| Jahr | Land | Verwendung | Betrag in DM |
|------|----------------|---|---|
| 1993 | El Salvador | Ausstattung Kriminallaboratorien | 100 000,00 |
| 1993 | Eritrea | Instrumentenlandesystem für Flughafen Asmara Technikertraining (1994) | 1 385 121,00 56 000,00 |
| 1993 | Georgien | Polizeiberaterprogramm für Innenministerium | 100 000,00 |
| 1993 | Ghana | Ausbildung Polizeioffiziere | 34 000,00 |
| 1993 | ICAO | Ausbildungsmaßnahmen (BMV) für Flugsicherung in Zusammenarbeit mit ICAO | 60 000,00 |
| 1993 | Jemen | Polizeiausbildung/Fernmeldetechnik, Notstromaggregat | 120 000,00 |
| 1993 | Kenia | Erhaltung Central Overhaul Workshop (Rehabilitation von 15 Lkw) für Flüchtlingsversorgung Nordkenia | 517 895,00 |
| 1993 | Laos | Lufttransport Sanitätsmaterial | 11 951,00 |
| 1993 | Libanon | Geräteausstattung Luftsicherheit für Flughafen Beirut Polizeibekleidung und Motorradhelme MZ-Motorräder | 160 000,00 20 300,00 163 720,00 |
| 1993 | Mazedonien | Faxgeräte für Zoll Computer für Zoll aufgrund JUG-Embargo | 2 557,00 71 064,00 |
| 1993 | Mongolei | Nummernschildstanzgeräte für Straßenverkehrsbehörden | 91 540,00 |
| 1993 | Mosambik | Polizeistipendien für Weiterführung von DDR-Maßnahmen | 40 000,00 |
| 1993 | Mosambik | UNHCR: Minenaufklärungsprogramm für mosam. Flüchtlingsrückkehrer | 590 000,00 |
| 1993 | Nepal | Dokumentenprüfgerät | 5 500,00 |
| 1993 | Türkei | Ausbildung Polizeioffiziere zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Rauschgifthandels | 20 000,00 |
| 1993 | Uruguay | Dolmetscherkosten Polizeihilfe | 3 619,00 |
| 1993 | weltweit | Video über Rauschgiftbekämpfung (durch BMF) | 60 000,00 |
| 1994 | Argentinien | Lehrgang Zollbeamte | 4 076,00 |
| 1994 | Äthiopien | Polizeifahrzeuge Reparatur-Polizeimotorräder | 500 000,00 40 000,00 |
| 1994 | Bosnien-Herz. | Fahrzeuge für EU-Polizei Mostar | 302 200,00 |
| 1994 | Bosnien | Uniformen für EU-Polizei Mostar | 200 000,00 |
| 1994 | Brasilien | Patrouillenboote Rauschgiftbekämpfung | 800 000,00 |
| 1994 | Bulgarien | Material für JUG-Embargo – Funk- und EDV-Geräte für Zollbehörden | 9 000,00 |
| 1994 | Chile | Ausrüstung Bergrettungsdienst | 2 000,00 |
| 1994 | El Salvador | Fachliteratur für Gerichtsmedizinisches Institut | 5 000,00 |
| 1994 | Elfenbeinküste | Reparatur von 2 Rettungsfahrzeugen | 59 000,00 |
| 1994 | Estland | Funkgeräte Polizei | 200 000,00 |
| 1994 | Georgien | Minengefährhinweise für Flüchtlinge | 67 500,00 |
| 1994 | Jamaika | Ausstattung Kriminallabor | 177 000,00 |
| 1994 | Jemen | Medikamente für Somaliaflüchtlinge | 50 561,00 |
| 1994 | Kambodscha | Minenräummaßnahmen Polizeischutzwesten | 250 000,00 68 444,00 |
| 1994 | Malta | Ausbildung Zollhundeführer | 9 188,00 |
| 1994 | Mazedonien | Material wegen JUG-Embargo Handscheinwerfer Funkgeräte Zollbehörden Fortbildungslehrgänge, Handsprechfunkgeräte, 3 VW Passat, kriminal-techn. Gerät, Faxgeräte, Werkzeuge | 1 659,00 1 443,00 62 895,00 500 000,00 |

| Jahr | Land | Verwendung | Betrag in DM |
|------|-----------------------------------|--|-------------------------------------|
| 1994 | MOE | Seminar an Polizeiführungsakademie Münster für osteuropäische Polizeioffiziere | 5 000,00 |
| 1994 | Mongolei | Prägewerkzeug – Ergänzungslieferung | 14 020,00 |
| 1994 | Mosambik | Maßnahmen zur Kartographierung von Minenfeldern, Kampfmittelentsorgung und medizinische Notfallogistik | 490 000,00 |
| 1994 | Namibia | Transport Naturschutzmaterial für Wildparks | 25 000,00 |
| 1994 | Palästinensische Autonomiegebiete | 40 MZ-Polizeimotorräder | 600 000,00 |
| 1994 | Panama | Büroausstattung Polizei | 100 000,00 |
| 1994 | Rumänien | Informationsaustausch Grenzschutz | 1 000,00 |
| 1994 | Rußland | LKW-Transportgerät | 40 000,00 |
| 1994 | Simbabwe | Lehrgänge BMI-Polizeiausbildung Rauschgiftbekämpfungsseminar Handsondenlieferung | 25 000,00 15 000,00 10 000,00 |
| 1994 | Spanien | Lehrgang zur Bekämpfung der Kfz-Verschlebung | 10 000,00 |
| 1994 | Südafrika | BKA-Speziallehrgang für ANC-Sicherheitskräfte | 55 000,00 |
| 1994 | Türkei | Ausbildung Polizeioffiziere zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Rauschgifthandels | 57 000,00 |

Geringere Verwaltungsausgaben sind nicht berücksichtigt.

Nicht verausgabte Mittel sind am Ende des jeweiligen Haushaltsjahres in den Bundeshaushalt zurückgeflossen.

6. In welchem Umfang sollen aus dem Einzelplan 05 02 Titel 686 23 nach dem Programm Ausstattungshilfe 1995 bis 1998 (gesamter Ansatz: 177 Mio. DM) jeweils Mittel für deren sechs Teilbereiche aufgewendet werden?

Eine entsprechende Haushaltsvorlage wird dem zuständigen Bundestagsausschuß demnächst zugehen.

7. In welchem Umfang sollen die Mittel für diese Teilbereiche in den einzelnen Jahren 1995 bis 1998 voraussichtlich jeweils abfließen?

Siehe Antwort zu Frage 6.

8. Welchen Ländern sollen für jeweils welche Zwecke welche Lieferungen und Leistungen in jeweils welchem Wert in den jeweiligen Jahren 1995, 1996, 1997 und 1998 in den einzelnen dieser sechs Teilbereiche gewährt werden?

Siehe Antwort zu Frage 6.

9. Zur sogenannten Wahlhilfe im Teilbereich „Demokratisierungshilfe“ im Rahmen der Ausstattungshilfe:
- a) Wie viele Wahlbeobachter nahmen seit Beginn dieser Maßnahme an wie vielen Wahlen in welchen Ländern teil,

Demokratisierungshilfe – Wahlbeobachter 1992 bis 1995

| Jahr | Land | Anzahl der Wahlbeobachter | Sonstiges | Kosten |
|------|---------------------------------|---|---|-------------------------------------|
| 1992 | Angola | 10 | Deutsche VN-Wahlbeobachter | 95 754,86 |
| 1992 | Äthiopien | 16 | techn. Wahlhilfe Zuwendung Stiftungsverband Regenbogen für Entsendung 16 Wahlbeobachter | 380 564,92 81 834,63 |
| 1992 | Haiti | | Zuwendung OAS-Wahlbeobachtung | 97 895,00 |
| 1992 | Kenia | | Zuwendung an Friedrich-Ebert-Stiftung für Wahlbeobachtung | 172 950,00 |
| 1992 | Paraguay | | Unterstützung für Wahlbeobachtung durch OAS | 31 420,00 |
| 1993 | Äthiopien | | Restzahlung an Stiftungsverband Regenbogen | 2 200,00 |
| 1993 | Burundi | 2 | | 20 974,85 |
| 1993 | Eritrea | 5 | | 33 808,86 |
| 1993 | Lesotho | 5 | | 38 539,70 |
| 1993 | Malawi | 4 | | 56 957,36 |
| 1993 | Namibia | | Zuwendung Wahlbeobachtungsprojekt Stiftungsverband Regenbogen | 13 733,86 |
| 1993 | Niger | 5 | Ausbildung von lokalen Wahlhelfern deutsche Wahlbeobachter | 490 791,88 51 558,84 |
| 1993 | Pakistan | 5 | deutsche Wahlbeobachter Unterstützung lokaler Wahlbeobachtung durch Human Rights Commission | 24 323,56 59 250,88 |
| 1993 | Paraguay | | Zuwendung Wahlbeobachtung durch OAS | 100 000,00 |
| 1993 | Rußland | 5 26 | Langzeit- und Kurzzeitwahlbeobachter | 133 132,90 |
| 1993 | Sambia | | lokale Wahlbeobachter | 15 341,39 |
| 1993 | Togo | 10 | deutsche Wahlbeobachter Wahlbeobachtung UIDH Ausbildung lokale Wahlkommission | 53 028,02 15 172,74 88 582,73 |
| 1993 | Zentralafrikanische Republik | 1 | Wahlvorbereitungsberater | 12 873,00 16 408,88 |
| 1994 | Äthiopien | | Zuwendung an Kirchen und Entwicklung lokaler Wahlbeobachtung | 50 000,00 |
| 1994 | Dominikanische Republik | 2 | Wahlbeobachtung OAS | 4 242,90 30 000,00 |
| 1994 | El Salvador | sechs | | 15 323,18 |
| 1994 | Honduras | 1 WBin | | 1 755,46 |
| 1994 | Malawi | 11 | Beitrag lokale Wahlbeobachtung UNDP | 44 304,68 217 724,49 |
| 1994 | Mazedonien | 4 | | 13 262,39 |
| 1994 | Mexiko | 2 | | 15 357,26 |
| 1994 | Moldau | 2 | | 1 823,80 |
| 1994 | Mosambik | 4 Langzeit- und 27 Kurzzeitwahlbe- obachter, 2 Chefs de Mission (als EU-Präsidenten- schaft) | EU-gemeinschaftliche Aktion mit den Vereinten Nationen | 396 002,98 |
| 1994 | Namibia | 2 | | 13 622,75 |
| 1994 | Nepal | 2 | | 6 438,89 |

| Jahr | Land | Anzahl der Wahlbeobachter | Sonstiges | Kosten |
|------|-------------|---------------------------|--|-----------------------|
| 1994 | Pakistan | 2 | | 1 765,98 |
| 1994 | Panama | 3 | Wahlbeobachtung durch OAS | 7 342,50 20 000,00 |
| 1994 | Rußland | 27 | gemeinsame Aktion mit der EU | 74 668,27 |
| 1994 | Sambia | | Lokale Wahlbeobachtung durch Foundation for Democratic Process (FODEP) | 22 616,99 |
| 1994 | Südafrika | 27 | EU-gemeinsame Aktion | 118 774,49 |
| 1994 | Togo | 6 | | 40 014,22 |
| 1994 | Uganda | 5 | | 7 886,44 |
| 1994 | Ukraine | 9 | | 25 288,03 |
| 1994 | Venezuela | 2 | | 7 073,64 |
| 1995 | Kirgisistan | 3 | | 15 458,57 |
| | | | | <u>2 842 239,79</u> |

- b) Wie hoch war seither der finanzielle Aufwand für die Beobachtung der jeweiligen Wahl in den einzelnen Ländern,

Siehe Antwort zu Frage 9a).

- c) Welche Arten von Reisekosten der Wahlbeobachter wurden dabei aus dem Einzelplan 05 02 Titel 686 23 bestritten,

Den Wahlbeobachtern werden ihre Reisekosten nach den Regeln des Bundesreisekostengesetzes einschließlich der allgemeinen Verwaltungsvorschriften über die Neufestsetzung der Auslands- und Auslandsübernachtungsgelder vom 6. Dezember 1993 erstattet. In Einzelfällen der Wahlbeobachtung, insbesondere bei Langzeitwahlbeobachtungen, die sich über mehrere Monate erstrecken, wurde über die Reisekostenerstattung hinaus ein Tagegeld („per diem“) als „Honorar“ gezahlt.

- d) Wie viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage sowie Mitglieder von Parteivorständen (jeweils differenziert nach Fraktions- bzw. Parteizugehörigkeit) nahmen seither an derartigen vom Auswärtigen Amt veranstalteten Reisen teil,

Folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages nahmen teil:

| Anzahl der Wahlbeobachter (Mitglieder des Deutschen Bundestages) | bereiste Länder | Wahlbeobachterreisen während der 12. Wahlperiode |
|---|-----------------------------------|--|
| 4 (CDU/CSU: 1; SPD: 2; F.D.P.: 1) | Albanien | 1991 |
| 2 (CDU/CSU: 1; SPD: 1) | Albanien | 1992 |
| 3 (CDU/CSU: 2; SPD: 1) | Angola | 1992 |
| 6 (CDU/CSU: 2; SPD: 3; F.D.P.: 1) | Benin | 1991 |
| 1 (CDU/CSU) | Burkina Faso | 1991 |
| 2 (SPD: 1; F.D.P.: 1) | Burkina Faso | 1992 |
| 2 (CDU/CSU: 1; F.D.P.: 1) | Georgien | 1992 |
| 2 (CDU/CSU: 1; F.D.P.: 1) | Kenia | 1992 |
| 3 (CDU/CSU: 1; SPD: 2) | Malawi | 1994 |
| 1 (CDU/CSU) | Mali | 1992 |
| 2 (CDU/CSU: 1; SPD: 1) | Mauretanien | 1992 |
| 3 (CDU/CSU: 1; SPD: 1; F.D.P.: 1) | Mexiko | 1994 |
| 1 (CDU/CSU) | Moldawien | 1994 |
| 3 (CDU/CSU: 1; SPD: 1; F.D.P.: 1) | Mosambik | 1994 |
| 2 (CDU/CSU: 1; SPD: 1) | Peru | 1993 |
| 4 (CDU/CSU: 2; SPD: 1; F.D.P.: 1) | Rumänien | 1992 |
| 10 (CDU/CSU: 3; SPD: 3; F.D.P.: 1; PDS: 1; B 90/Grüne: 1) | Russische Föderation – Rußland | 1993 |
| 5 (CDU/CSU: 2; SPD: 2; F.D.P.: 1) | Südafrika | 1994 |
| 2 (SPD) | Togo | 1994 |
| 3 (CDU/CSU: 1; SPD: 1; F.D.P.: 1) | Ukraine | 1994 |

- e) Welche dieser Personen des öffentlichen Lebens (deren Benennung nach den geltenden Datenschutzregelungen nicht etwa gehindert ist) reiste – gegebenenfalls mit Hilfe von Zuwendungen aus dem vorgenannten Titel – jeweils in welche Länder,

Siehe Antwort zu Frage 9d).

- f) Aus welchen weiteren Haushaltstiteln wurden möglicherweise Kosten für Wahlbeobachtungsreisen verausgabt,

Über obige Angaben zum Bundeshaushalt hinaus verfügt die Bundesregierung über keine weiteren Informationen.

- g) Falls dies zutrifft, wie lauten hierfür die Angaben entsprechend den vorstehenden Fragen?

Siehe Antwort zu Frage 9f).

10. Nach entsprechender Festlegung im sogenannten Asylkompromiß im Dezember 1992 gewährte die Bundesrepublik Deutschland der Republik Polen aufgrund des am 7. Mai 1993 unterzeichneten „Abkommens über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen“ zu Lasten des Einzelplans 06 Kapitel 06 02 Titel 686 11 insgesamt 120 Mio. DM, deren erste Rate über 40 Mio. DM 1993 abfloß, gefolgt von drei weiteren Raten über den Restbetrag im Folgejahr. Um hiervon vertragsgemäß eine Asylinfrastruktur auf- sowie Grenzschutz und Polizei auszubauen, sah das Abkommen vor, daß benötigte Lieferungen und Leistungen anteilig durch deutsche Unternehmen erbracht werden sollten. In der 11. Sitzung des Bundestages am 18. Januar 1995 hat die Bundesregierung Fragen nach Einzelheiten nicht beantwortet (Stenographisches Protokoll S. 614 bis 617).

Es wird darauf hingewiesen, daß das Bundesministerium des Innern die in der Sitzung vom 18. Januar 1995 gestellten Zusatzfragen von Frau Cornelia Schmalz-Jacobsen mit Schreiben vom 8. Februar 1995 beantwortet hat.

- a) Welche Maßnahmen zu jeweils welchen Kosten hat die Republik Polen mit Hilfe dieser Zuwendungen insgesamt vorgenommen (bitte vollständige und genaue Aufzählung)?
- b) Welche der dafür notwendigen Lieferungen und Leistungen in jeweils welchem Auftragswert sind dabei durch deutsche Unternehmen oder aber öffentliche Stellen erbracht worden?

Von der Republik Polen sind nach eigenen Angaben von der Finanzhilfe in Höhe von 120 Mio. DM bis zum 31. Dezember 1994 folgende Beträge ausgegeben worden:

| | |
|--|----------------|
| Für die Aufgaben des Grenzschutzes | 43 696 500 DM, |
| Für die Aufgaben der Polizei | 23 080 800 DM, |
| Für die Aufgaben des Büros für Migration und Flüchtlingswesens des Innenministeriums | 745 400 DM, |
| Ausgaben insgesamt | 67 522 700 DM, |
| Ausgaben für die Beschaffung von Waren | 61 288 200 DM, |
| Ausgaben für die Beschaffung von Waren aus deutscher Produktion | 42 701 900 DM. |

Prozentualer Anteil von Waren aus deutscher Produktion 69,7 %.

Zusätzlich laufen weitere Ausschreibungen, die zu weiteren Ausgaben in Höhe von 37 225 000 DM führen sollen.

Die Gesamtsumme der bisher angefallenen und vorgesehenen Ausgaben beträgt nach polnischen Angaben 104 747 700 DM.

Folgende Beschaffungen von größerem Umfang sind von der Republik Polen durchgeführt worden:

Grenzschutz:

| | |
|--|----------------|
| Modernisierung von Abschiebeunterkünften | 4 151 000 DM, |
| Kauf von UKW-Kommunikationsmitteln (deutsches Produkt) | 13 538 600 DM, |
| Kauf von Geländemotorrädern (japanisches Produkt) | 3 300 000 DM, |
| Kauf von Gelände-Pkw (britisches Produkt) | 3 448 400 DM, |
| Kauf von Gelände-Pkw (deutsches Produkt) | 8 967 200 DM, |
| Kauf von Nachtsichtgeräten (deutsches Produkt) | 4 209 900 DM. |

Polizei:

| | |
|---|---------------|
| Kauf von UKW-Kommunikationsmitteln (deutsches Produkt) | 7 936 300 DM, |
| Kauf von Kleintransportern (deutsches Produkt) | 3 523 400 DM, |
| Kauf von Gelände-Pkw (britisches Produkt) | 1 977 100 DM, |
| Kauf von Pkw (polnisches Produkt) | 1 377 000 DM, |
| Kauf von Nachtsichtgeräten (deutsches Produkt) | 1 260 000 DM. |

Flüchtlingsbüro:

| | |
|--|-------------|
| Investitionen in eine Abschiebeunterkunft | 101 000 DM, |
| Kauf von EDV-Geräten (weitere Beschaffungen werden folgen, deutsches Produkt) | 525 000 DM. |

Es laufen darüber hinaus Ausschreibungsverfahren, die u. a. für das Flüchtlingsbüro weitere Mittel in Höhe von 3 700 000 DM vorsehen.

Deutsche „öffentliche Stellen“ sind folgendermaßen beteiligt worden:

| | |
|---|----------------|
| Deutsche Sprachkurse des Goethe-Instituts, Warschau, für polnische Polizisten und Grenzbeamte | 110 181,40 DM, |
| Deutsch-polnisches Seminar zu Rückübernahme- fragen der Grenzschutzdirektion | 6 482,23 DM. |

Die Republik Polen hat in bilateralen Verhandlungen darüber hinaus erläutert, daß die Verwendung der Finanzhilfe in folgendem Verhältnis vorgesehen ist:

38 % für die Polizei,
49 % für den Grenzschutz,
13 % für das Flüchtlingsbüro.

Die für Asylbewerber in der Republik Polen bestehenden Einrichtungen reichen gegenwärtig aus. So stellten im Jahre 1994 nur ca. 800 Personen einen Asylantrag. 1993 waren es 830 Personen.

c) Um welche Unternehmen und öffentliche Stellen handelte es sich dabei jeweils?

Die Namen der deutschen Unternehmen können aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht mitgeteilt werden. Durch eine Mitteilung würden unter Umständen in unzulässiger Weise Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse verletzt. Getätigte und beabsichtigte Vertragsabschlüsse können Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse darstellen (vgl. Baumbach/Hefermehl, Wettbewerbsrecht, 17. Aufl., 1993, § 17 UWG, Rn. 9 m.w.N.). Aufgrund der Konkurrenzsituation der in Mittel- und Osteuropa tätigen Unternehmen können Wettbewerbsnachteile durch die Nennung der Unternehmensnamen und der Tatsache des Abschlusses von Verträgen mit der Republik Polen nicht ausgeschlossen werden.

11. Wie lauten die entsprechenden Angaben hinsichtlich der am 3. November 1994 mit der Tschechischen Republik – ergänzend zu einem Rücknahmeabkommen – unterzeichneten Zusammenarbeitsvereinbarung, aufgrund derer die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1995 bis 1997 jeweils bis zum 20. Januar drei Raten zu 20 Mio. DM zu zahlen verpflichtet ist?

Entsprechende Angaben in bezug auf das deutsch-tschechische Zusammenarbeitsabkommen vom 3. November 1994 sind nicht möglich, da dieses Abkommen erst am 1. Januar 1995 in Kraft getreten ist.

12. Sind ähnliche Abkommen über Finanzhilfen auch ergänzend zu den Rücknahmeabkommen mit der Schweiz vom 20. Dezember 1993, mit Rumänien vom 24. September 1992, mit Kroatien vom 25. April 1994, mit Bulgarien vom 9. September 1994 oder zu der im Januar 1995 mit der Republik Vietnam getroffenen Rücknahme-Vereinbarung abgeschlossen worden?
13. Wenn ja,
 - a) in welchem Umfang hat die Bundesrepublik Deutschland darin jeweils Zahlungsverpflichtungen übernommen,
 - b) wie lauten hierfür die Antworten auf die Fragen entsprechend vorstehender Nummer 10, und zwar auch hinsichtlich der erst geplanten, aber möglicherweise noch nicht ausgeführten Maßnahmen, Lieferungen und Leistungen?
14. a) Hat die Bundesregierung auch Albanien flankierend zu dem Ende 1993 übergebenen Entwurf eines Rücknahmeabkommens finanzielle Hilfen angeboten?
 - b) Wenn ja, in welchem Umfang und mit welchen einzelnen Bedingungen entsprechenden vorstehenden Fragen 10 und 13?
15. Wie lauten die entsprechenden Angaben hinsichtlich flankierender finanzieller Hilfsvereinbarungen zu Rücknahmeabkommen
 - a) mit Algerien und Österreich nach erreichtem Verhandlungsstand,
 - b) mit Pakistan nach den Überlegungen der Bundesregierung vor den demnächst beginnenden Verhandlungen,
 - c) nach den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich der mit Rußland, der Ukraine, Indien, Sri Lanka und (welchen) schwarzafrikanischen Staaten erwogenen Rücknahmeabkommen?

Der Abschluß der Rücknahmeabkommen über ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber und sonstige sich illegal im Bundesgebiet aufhaltende Ausländer, die die Bundesregierung mit anderen Staaten getroffen hat oder noch treffen wird, ist grundsätzlich nicht mit einer Kostenbelastung verbunden, da diese Abkommen lediglich den ohnehin schon bestehenden völkerrechtlichen Grundsatz konkretisieren, daß jeder Staat zur Rückübernahme der ausreisepflichtigen eigenen Staatsangehörigen ohne Gegenleistung verpflichtet ist.

Eine Finanzhilfe ist den in den Fragen genannten Staaten daher nicht gewährt worden bzw. ist nicht beabsichtigt.

Im Hinblick auf das z. Z. noch in den Verhandlungen befindliche Rückübernahmeabkommen mit Vietnam ist in der am 6. Januar 1995 in Hanoi unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung über Ausbau und Vertiefung der deutsch-vietnamesischen Beziehungen“ lediglich die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfeverhandlungen vereinbart worden.

Im Zusammenhang mit dem Rückübernahmeabkommen mit Rumänien sind keine Vereinbarungen über finanzielle Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an Rumänien getroffen worden.

Das Bundesministerium des Innern führt in Zusammenarbeit mit der rumänischen Regierung ein auf mehrere Jahre angelegtes Rückkehrförderungsprogramm durch, dessen finanzieller Rahmen sich auf rd. 30 Mio. DM beläuft. Dieses Programm richtet sich an ortsansässige Rumänen und an rückkehrwillige rumänische Asylbewerber, die sich vor Abschluß ihres Asylverfahrens zur freiwilligen Rückkehr nach Rumänien entschließen.

Das gleiche gilt für das Rückübernahmeabkommen mit Bulgarien. Mit diesem Land hat das Bundesministerium des Innern im Jahre 1992 ein Pilotprojekt zur Reduzierung der Migration aus Bulgarien vereinbart. Mit einem Kostenaufwand von etwa 30 Mio. DM sollen drei Zentren aus Aus- und Fortbildung von aus Deutschland zurückgekehrten Asylbewerbern und von ortsansässigen bulgarischen Staatsangehörigen geschaffen und betrieben sowie die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen gefördert werden. Ein Finanztransfer ist mit den Vorhaben in Rumänien und Bulgarien, die sich in der Durchführung befinden, nicht verbunden.

